

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Abbildungsverzeichnis	XXV
I. Einleitung	1
A. Hintergrund	1
B. Untersuchte Fragestellung und Gegenstand der Untersuchung	1
II. Überblick über die Rechtsquellen gemeinsamer Ermittlungsgruppen	5
A. Einleitung	5
B. Nationales Recht	6
C. Multilaterale Verträge	8
1. Palermo-Konvention	8
2. UNO-Korruptionsübereinkommen	10
3. Zweites Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats über die Rechtshilfe in Strafsachen	10
D. Vereinbarung zwischen der Schweiz und den USA über den Einsatz von gemeinsamen Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung des Terrorismus und dessen Finanzierung	14
E. Schweizerisch-Deutscher Polizeivertrag	17
F. Weitere völkerrechtliche Verträge mit der Schweiz, die gemeinsame Ermittlungsgruppen vorsehen	18
G. Schengener Zusammenarbeit	21
H. Gemeinsame Ermittlungsgruppen innerhalb der EU	23
1. Einleitung	23
2. Neapel II Übereinkommen	24
3. EUV Amsterdam	25
4. Vertrag von Lissabon	26
5. Rahmenbeschluss des Rates über gemeinsame Ermittlungsgruppen	33
6. Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	36
7. Modell-Errichtungsvereinbarungen über die Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe	37
8. Beteiligung von Europol und Eurojust	38
a) Einleitung	38
b) Europol	39
c) Eurojust	46
9. Beteiligung von OLAF	50

10. Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Rechtshilfe	55
I. Neuere europäische GEG-Rechtsgrundlagen	55
J. Verhältnis der rechtshilferechtlichen GEG-Rechtsgrundlagen zum IRSG	56
III. Gemeinsame Ermittlungsgruppen und Kriminalitätsbereich	58
A. Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU	58
B. Zusammenarbeit in Grenzregionen vs. Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten des Europarats/Mitgliedstaaten der EU	58
C. Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	66
IV. Exkurs zum Terrorismus	68
A. Der Terrorismusbegriff im Recht der internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen und im Strafrecht	68
B. Urteile im Zusammenhang mit Terrorismus	73
C. Zur Bedrohung durch den Terrorismus	76
D. Die Rolle der gemeinsamen Ermittlungsgruppen bei der Bekämpfung des Terrorismus	82
V. Staatsschutz, kriminalpolizeiliche Frühaufklärung und Strafverfolgung – In welchem Rahmen werden gemeinsame Ermittlungsgruppen tätig?	84
A. Einleitende Bemerkungen	84
1. Schutz der inneren Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit	84
2. Polizeiaufgaben	86
B. Staatsschutz	88
1. Zum Staatsschutz in der Schweiz	88
2. Joint Intelligence Groups?	91
C. Kriminalpolizeiliche Frühaufklärung	92
1. Ermittlungen im gerichtspolizeilichen Vorfeld in der Schweiz	92
2. Gemeinsame Ermittlungsgruppe im gerichtspolizeilichen Vorfeld?	95
3. Informationsaustausch im gerichtspolizeilichen Vorfeld als Auslöser einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe?	96
D. Strafverfolgung	98
1. Zum schweizerischen Strafverfahren	98
2. Gemeinsame Ermittlungsgruppen im Strafverfahren	102
VI. Gemeinsame Ermittlungsgruppen als Form der justiziellen Rechtshilfe oder der Amtshilfe im Bereich der Polizei?	105
A. Einleitung	105
1. Notwendigkeit der Abgrenzung	105
2. Informationsaustausch auf verschiedenen Ebenen	106
3. Die Rechtshilfe	107
a) Rechtshilfebereiche	107
b) Fokus: kleine Rechtshilfe	108
4. Die Amtshilfe	108
5. Rechtsnatur	109
B. Abgrenzung von Amts- und Rechtshilfe in der Schweiz	109
1. Die (kleine) Rechtshilfe	109

a)	Rechtsgrundlagen und Definition	109
b)	Anwendungsbereich	110
c)	Sonderfall unaufgeforderte Übermittlung	111
d)	Rechtsnatur	111
aa)	Rechtshilfetheorie	111
bb)	Paradigmawechsel durch neue Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?	113
2.	Die Amtshilfe	114
a)	Rechtsgrundlagen und Definition der Amtshilfe	114
b)	Anwendungsbereich	114
aa)	Unklarheiten und uneinheitliche Termini	114
bb)	Versuch einer Klärung	116
Polizeiliche Rechtshilfe	116	
Polizeiliche Amtshilfe	118	
3.	Abgrenzung zwischen Rechtshilfe und Amtshilfe	119
a)	Zu den Schwierigkeiten der Abgrenzung	119
b)	Zur schwindenden Bedeutung klassischer Abgrenzungskriterien	120
aa)	Relativierung verschiedener klassischer Abgrenzungskriterien	120
bb)	Organisationsrechtliche Betrachtungsweise	121
c)	Abgrenzung über die Kompetenzen der Behörden und über Zwangsmassnahmen	123
4.	Fazit und graphische Darstellung zur Rechts- und Amtshilfe in der Schweiz	124
5.	Gemeinsame Ermittlungsgruppen als Form der Rechtshilfe oder der Amtshilfe nach schweizerischem Rechtsverständnis?	124
C.	Abgrenzung von Amts- und Rechtshilfe in Deutschland	130
1.	Die (kleine) Rechtshilfe	130
a)	Rechtsgrundlagen und Definition	130
b)	Anwendungsbereich	130
c)	Zum Rechtsschutz	131
d)	Rechtsnatur	132
2.	Die Amtshilfe	132
a)	Rechtsgrundlagen und Definition	132
b)	Anwendungsbereich	133
3.	Abgrenzung zwischen Rechtshilfe und Amtshilfe	134
4.	Gemeinsame Ermittlungsgruppen als Form der Rechtshilfe oder der Amtshilfe nach deutschem Rechtsverständnis?	134
D.	Abgrenzung von Amts- und Rechtshilfe auf Ebene der EU	136
1.	Die (kleine) Rechtshilfe	136
a)	Rechtsgrundlagen und Definition	136
b)	Anwendungsbereich	136
2.	Die Amtshilfe	137

a) Rechtsgrundlagen und Definition	137
b) Anwendungsbereich	137
3. Zur Schwierigkeit der Abgrenzung	138
4. Abgrenzungskriterien	139
5. Gemeinsame Ermittlungsgruppen als Form der Rechtshilfe oder der Amtshilfe in der EU?	140
6. Exkurs: Abgrenzung zur Nutzung der Informationen aus der Europol-Datenbank / aus der SIS-Datenbank	142
VII. Die Errichtung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen	144
A. Voraussetzung, Zweck und Zeitraum	144
1. Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU – Zusammenarbeit zwischen Europarats- und EU-Staaten	144
2. Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	145
3. Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nachbarstaat Deutschland	146
B. Grundlage für die Bildung einer konkreten gemeinsamen Ermittlungsgruppe	146
1. Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU – Zusammenarbeit zwischen Europarats- und EU-Staaten	146
a) Amtshilfe- oder Rechtshilfeersuchen als Grundlage?	146
b) Inhalt der Rechtshilfeersuchen zur Errichtung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen	147
c) Inhalt der Errichtungsvereinbarung	147
d) Detailgrad der Errichtungsvereinbarung	151
2. Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	152
3. Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nachbarstaat Deutschland	153
C. Anzahl Teilnehmerstaaten	153
1. Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU – Zusammenarbeit zwischen Europarats- und EU-Staaten	153
2. Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	153
3. Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nachbarstaat Deutschland	154
VIII. Zusammensetzung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe	155
A. Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU – Zusammenarbeit zwischen Europarats- und EU-Staaten	155
1. Neapel II	155
2. Betrugsbekämpfungsabkommen	155
3. Zweites Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats über die Rechtshilfe in Strafsachen	156
a) Zwei Mitglieder-Kategorien	156
b) Kosten, Effizienz und Identität	157
c) Errichtung durch die Staatsanwaltschaft	157
d) Schweizer Mitglieder	158
e) Teilnehmer	158
B. Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	159
C. Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nachbarstaat Deutschland	159

IX. Leitung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe	161
A. Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU – Zusammenarbeit zwischen Europarats- und EU-Staaten	161
B. Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	164
C. Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nachbarstaat Deutschland	165
X. Befugnisse der (entsandten) Mitglieder und Teilnehmer bei der Durchführung der Ermittlungen	166
A. Zusammenarbeit der Schweiz mit Mitgliedstaaten des Europarats und der EU – Zusammenarbeit zwischen Europarats- und EU-Staaten	166
1. Innovationen und Hürden	166
2. Vermeidung von Ergänzungsersuchen	167
a) Der Idealfall	167
b) Vermeidung von Ergänzungsersuchen bei gemeinsamen Ermittlungsgruppen mit Schweizer Strafverfahren	168
c) Ergänzungsersuchen bei gemeinsamen Ermittlungsgruppen ohne Schweizer Strafverfahren	169
3. Anwesenheit der entsandten Mitglieder	170
4. Durchführung von Ermittlungsmassnahmen durch entsandte Mitglieder	171
5. Vereinfachte Informationserhebung	173
6. Vereinfachter Informationsaustausch	175
a) Die Innovation	175
b) Hindernisse	175
c) Anwendbarkeit	176
d) Vereinfachter Austausch von Schweizer Informationen	176
e) Hindernisse am Beispiel einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe zwischen den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich	179
f) Informationsaustausch zwischen einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe und Staaten ohne Mitglieder in der Ermittlungsgruppe	180
7. Nutzung der Informationen	180
a) Rechtmässig erlangte Informationen	180
b) Nutzung zu Ermittlungszwecken	181
c) Nutzung für andere Straftaten	182
d) Nutzung für präventivpolizeiliche Zwecke	183
e) Nutzung für andere Zwecke	183
f) Nutzungsbeschränkungen	184
g) Exkurs: Zusammenarbeit mit OLAF	184
8. Zum Geheimnisschutz im Schweizer Rechtshilfeverfahren	185
a) Geheimnisschutz in der Schweiz	185
b) Geheimnisschutz bei gemeinsamen Ermittlungsgruppen mit Schweizer Strafverfahren	187
c) Geheimnisschutz bei gemeinsamen Ermittlungsgruppen ohne Schweizer Strafverfahren	190

d)	Ausblick zum Geheimnisschutz in der zukünftigen europäischen Zusammenarbeit	193
9.	Keine Beweise vor Abschluss des Rechtshilfeverfahrens	195
10.	Garantien ausländischer Prozessbeteiligter als Hürdenüberwindung	196
11.	Befugnisse der Teilnehmer	197
B.	Zusammenarbeit der Schweiz mit den USA	199
1.	Befugnisse	199
2.	Vereinfachte Möglichkeiten der Informations- und Beweisbeschaffung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe	201
3.	Nutzung der erlangten Informationen im Rahmen der Ermittlungen und als Beweise	202
C.	Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Nachbarstaat Deutschland	203
1.	Befugnisse	203
2.	Vereinfachte Möglichkeiten der Informations- und Beweisbeschaffung der gemeinsamen Ermittlungsgruppe	205
3.	Nutzung der Informationen im Rahmen der Ermittlungen und als Beweise	208
XI.	Kontrolle und Rechtsschutz	209
A.	Einleitung	209
1.	Zwischen Rechtsschutz und Effizienz	209
2.	Keine fishing expeditions	210
B.	Zum grundrechtlichen Schutz	210
1.	Grundrechte und die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen	210
2.	Präventive und repressive Grundrechtseingriffe	211
3.	Recht auf informationelle Selbstbestimmung	212
4.	Recht auf ein faires Verfahren bei internationaler Zusammenarbeit	213
a)	Faires Verfahren „trotz“ internationaler Zusammenarbeit	213
b)	Unfares Verfahren durch die Verletzung anderer Konventionsrechte?	214
c)	Anwendbarkeit auf das Schweizer Rechts- und Amtshilfeverfahren	215
5.	Rechtsweggarantie	216
C.	Kontrolle durch nationale Gerichte	217
D.	Gerichtliche Kontrolle auf internationaler Ebene	220
1.	Gerichtliche Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	220
2.	Gerichtliche Kontrolle durch den Gerichtshof der Europäischen Union	221
E.	Nationale Kontrolle im Schweizer Rechtshilfeverfahren	223
1.	Rechtshilfeersuchen der Schweiz ans Ausland	223
2.	Überprüfung von Rechtshilfeersuchen um Errichtung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe an die Schweiz in den Verfahrensstadien der Rechtshilfe	224
a)	Einleitung	224
b)	Kein direkter Behördenverkehr	225

c)	Entgegennahme und Weiterleitung des Ersuchens durch das Bundesamt für Justiz	226
d)	Vorprüfung durch die ausführende Behörde	228
e)	Eintretensverfügung	228
f)	Zwischenverfügung	229
g)	Genehmigungsverfahren	230
h)	Verfahren gemäss Art. 67a IRSG	231
i)	Durchführung des Ersuchens	232
j)	Mitteilungen an die Parteien	232
k)	Rechte der Betroffenen im Rechtshilfeverfahren	232
l)	Erlass und Eröffnung der Schlussverfügung	234
m)	Übermittlung der Resultate an den ersuchenden Staat	235
n)	Verfügungen des Rechtshilfeverfahrens als Herausforderung für die gemeinsamen Ermittlungsgruppen	236
3.	Gerichtliche Kontrolle	239
a)	Rechtswegbestimmungen	239
b)	Beschwerde nach StPO	239
c)	Beschwerde nach IRSG	241
d)	Beschwerdeobjekt	242
e)	Späte Beschwerdemöglichkeit bei gemeinsamen Ermittlungsgruppen	242
f)	Beschwerdelegitimation	244
g)	Unsichere Beschwerdelegitimation nach IRSG bei Informationen aus einem Schweizer Straf- oder Zivilverfahren	245
h)	Beschwerdegründe	248
i)	Beschwerdefrist	249
j)	Kontrolle durch das Bundesgericht	249
4.	Straf- und zivilrechtliche Verantwortlichkeit	250
F.	Nationale Kontrolle im „transnationalen“ Strafverfahren	251
1.	Nationale Kontrolle im Schweizer Strafverfahren	251
a)	Kontrolle während des Strafverfahrens	251
b)	Gerichtliche Kontrolle	253
2.	Beweisrechtliche Probleme im Zusammenhang mit der „transnationalen Beweissammlung“ durch die GEG	254
a)	Einleitung	254
b)	Völkerrechtswidrig erlangte Beweise	255
c)	(In-)Kompatibilität der nationalen Ermittlungsmethoden, Beweis- und Beweisverwertungsverbote	258
aa)	Offene Fragen	258
bb)	Suche nach Antworten in Europaratsrechtsgrundlagen	260
cc)	Suche nach Antworten in EU-Rechtsgrundlagen	261
dd)	Verschiedene Lösungsansätze	262
ee)	Gegenseitige Anerkennung	264
ff)	Meistbegünstigung	268

gg) Verwertungssituation als Ausgangspunkt	269
hh) Erhebungssituation als Ausgangspunkt	271
ii) Fremdrechtsanwendung	271
jj) Landesrechtliche Lösungen	272
kk) Die belgische Lösung	273
ll) Die Schweizer Lösung	274
mm) Fazit	275
3. Strafrechtliche Folgen ausländischer Ermittlungstätigkeit in der Schweiz	276
G. Nationale Kontrolle im Schweizer Amtshilfverfahren	278
1. Fehlendes Rechtsmittelverfahren bei amtshilferechtlichen GEG	278
2. Zusammenarbeit mit den USA	280
a) Rechtsschutz	280
b) Aufsicht	283
3. Zusammenarbeit mit Deutschland	285
a) Rechtsschutz	285
b) Aufsicht	290
XII. Gemeinsame Ermittlungsgruppen in der Praxis	291
A. Langsames Anlaufen der Ermittlungsgruppen als neue Form der Zusammenarbeit in der EU	291
B. Langsames Anlaufen der Ermittlungsgruppen als neue Form der Zusammenarbeit in der Schweiz	295
XIII. Kritische Würdigung	298
Anhang: Auszüge aus GEG-relevanten Rechtsquellen	307
Schweizer Recht	307
Bi- und multilaterale Verträge	335
EU-Recht und Zusammenarbeit zwischen Drittstaaten und der EU	350
Literaturverzeichnis	369
Materialienverzeichnis	383
Stichwortverzeichnis	388